

Rontaler Spitex kann dank Adligenswil aufatmen

Pflege Adligenswil bleibt der Spitex Rontal nun doch treu. Doch noch kehrt nicht ganz Ruhe ein.

Die frohe Botschaft kam ganz schlicht per Post. In einem Brief teilte der Adligenswiler Gemeinderat der Spitex Rontal plus Anfang Monat mit, dass die Gemeinde die öffentlichen Spitex-Dienstleistungen weiterhin bei ihnen beziehen und den für Ende 2019 geplanten Austritt sistieren werde (wir berichteten).

«Dies kam für uns überraschend», sagt Ruedi Maurer, Präsident der Spitex Rontal plus. Denn wann immer der Vorstand in den letzten Monaten zusammengekommen sei, habe der Adligenswiler Gemeindevertreter den Entscheid bekräftigt, wonach man austreten und eine eigene Spitex-Organisation gründen werde. Ausserdem: Das vom Spitex-Vorstand gewünschte Gespräch mit dem Gemeinderat bezüglich eines geordneten Austritts sei nie zustande gekommen.

«Wir hätten Personal abbauen müssen»

«Der Sinneswandel freut uns aber selbstverständlich sehr», sagt Maurer. Von den neun angeschlossenen Gemeinden sei Adligenswil die drittgrösste und mache fast 20 Prozent des Auftragsvolumens aus. Er sagt: «Wir hätten beim Personal abbauen müssen und wohl kaum alles durch natürliche Abgänge auffangen können.»

Maurer hatte sich über die Pläne Adligenswils ohnehin gewundert: «Eine Spitex stampft man nicht so einfach aus dem Boden.» Es brauche Know-how, zudem seien Fachkräfte im Pflegebereich gesucht. «Wir haben 75 Jahre Erfahrung, das darf man nicht vergessen.»

Tarife wurden per 2018 angehoben

Der Verbleib von Adligenswil bedeutet für die Spitex Rontal plus eine erste Entspannung, denn unter den 75 Angestellten herrscht seit Monaten Verunsicherung. Per Ende Jahr wechselte Inwil zur Spitex Hochdorf. Zudem drohte mit Ebikon letzten Sommer die grösste Gemeinde mit dem Austritt. Umstritten sind vor allem die Hauswirtschaftstarife. Diese wurden per 2018 angehoben – in 5 von 10 angeschlossenen Gemeinden bezahlen Klienten je nach Einkommen bis zu 74.50 Franken pro Stunde für Hilfe beim Reinigen oder Ko-

chen – mehr als in den meisten anderen Spitex-Organisationen.

Genau diese Hauswirtschaftstarife sind auch der Grund, weshalb noch nicht ganz Ruhe einkehrt bei der Spitex Rontal plus: Am 19. Mai befinden die Ebikoner an der Urne über eine entsprechende SP-Initiative. Diese verlangt zahlbare Tarife für alle – gemeint sind jedoch nur jene für die Hauswirtschaft. Wortwörtlich heisst es in der Initiative: «Alle betreuungsbedürftigen Menschen in Ebikon sollen auf angemessene, sozialverträgliche finanzielle Unterstützung vertrauen dürfen.» Der Gemeinderat und die Spitex empfehlen ein Nein – aus dem gleichen Grund. Maurer sagt: «Wer wenig Geld hat, wird schon heute von der Gemeinde finanziell unterstützt.»

Noch im Herbst tönte es in Adligenswil ganz anders

Die Gemeinde Adligenswil hatte die eigene Spitex-Organisation im Rahmen ihres neuen Pflegezentrums Riedbach gründen wollen. Der zuständige Sozialvorsteher Ferdinand Huber (SVP) sprach noch im letzten Herbst von einer «historisch einmaligen Gelegenheit, den gesamten öffentlichen Auftrag im Gesundheitsbereich aus einer Hand anbieten zu können». Doch dem Vorhaben machten die Kostenüberschreitungen bei der Realisierung des Zentrums und eine geringere Auslastung als erwartet einen Strich durch die Rechnung.

Laut Huber stand die Planung einer eigenen Spitex aber noch am Anfang. Die gemeindeeigene Pflegezentrum Riedbach AG habe weder Geld ausgegeben noch Gespräche geführt mit potenziellen künftigen Mitarbeitern. Auch seien keine zusätzlichen Räume im Pflegezentrum für die Spitex reserviert gewesen. Er sagt: «Wir konnten also ohne Bedenken eine Entscheidung treffen, die wohl überlegt und kurzfristig umsetzbar ist.» Denn die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierung und die Konsolidierung der Pflegezentrum Riedbach AG haben für den Gemeinderat eine hohe Priorität. Am 19. Mai entscheiden die Adligenswiler an der Urne über eine Erhöhung des Aktienkapitals.

Roman Hodel
roman.hodel@luzernerzeitung.ch

Gratulation

88. Geburtstag

Luzern Heute kann Frau Erika Neuenschwander ihren 88. Geburtstag feiern. Sie wohnt zurzeit im Pflegeheim Eichhof an der Steinhofstrasse, zuletzt an der Tribschenstrasse 72 in der Stadt Luzern. Die ganze Familie, Kinder, Grosskinder, Urgrosskinder, alle Bekannten und Verwandten gratulieren ihr herzlich zu diesem hohen Alter. Alle wünschen ihr trotz Krankheit weiterhin aufgehellte Tage. Sie freut sich immer wieder über den Blick in Richtung Krienseregg, wo sie unvergessliche Stunden verbracht hat. Ebenso sind es Alphornklänge, über die sie sich freut. Erika Neuenschwander hat doch mit ihrem Ehemann über Jahre selbst Alphörner hergestellt.

Riesige Fläche kann neu genutzt werden

Durchgangsbahnhof Das Jahrhundertprojekt wird das Luzerner Stadtzentrum stark verändern. Wie, ist noch offen. Die Stadt Luzern gleist nun die Planungen auf.

Stefan Dähler
stefan.daehler@luzernerzeitung.ch

Lange schien der Luzerner Durchgangsbahnhof ein ferner Traum zu sein. Doch langsam wird es konkret. Vor einigen Wochen hat der Ständerat beschlossen, die Projektierung des Bahnhofs in den Ausbausritt 2035 aufzunehmen. Läuft alles nach Plan, wird der Durchgangsbahnhof 2040 in Betrieb genommen (wir berichteten).






Damit wird es auch Zeit, sich mit den konkreten städtebaulichen Auswirkungen des Jahrhundertprojekts auseinanderzusetzen. Denn diese sind immens. Die SBB rechnen damit, dass nach der Realisierung des Durchgangsbahnhofs eine Gleisfläche von rund acht Hektaren nicht mehr benötigt wird, wie das Magazin «Stadtsicht» berichtet. Das entspricht der Grösse von rund 16 Fussballfeldern (siehe Grafik). Dies, weil der Bahnbetrieb künftig mehrheitlich unterirdisch abgewickelt wird. Welche Gleise genau betroffen sein werden, sei noch nicht klar, teilen die SBB auf Anfrage unserer Zeitung mit. Dies werde erst in den nächsten Jahren festgelegt.

«In grossen Dimensionen denken»

Rund ein Viertel dieser Fläche wird für die SBB-Überbauung Rösslimatt benötigt. Was mit dem Rest geschieht, ist noch offen, die Planungen haben erst begonnen. Die Stadt Luzern will die Federführung übernehmen. «Wir erhalten hier die Chance, mitten im Zentrum in grossen Dimensionen zu denken, statt aufgrund der engen Platzverhältnisse bloss zu justieren», sagt Deborah Arnold, Leiterin Stadtplanung.

Wann genau welche Gleisflächen frei werden, sei aktuell noch nicht klar. Das hänge auch davon ab, wo Installationsflächen benötigt werden, so Arnold. Das erste Ziel sei nun, eine Vorstellung zu entwickeln, wie «der Bahnhof der Zukunft» und sein angrenzendes Umfeld aussehen soll. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Partnern wie den SBB, dem Verkehrsverbund, der Zentralbahn, dem Kanton und weiteren. Ob und wie viele Wohnungen, Büroräume oder öffentliche Plätze realisiert werden, ist ebenfalls noch offen. Derzeit erarbeitet die Baudirektion einen Bericht und Antrag an den Grossen Stadtrat, der aufzeigt, wie der Planungsprozess vonstattengeht

Durchgangsbahnhof: Frei werdende Gleisflächen (ungefähre Skizze)

-  Voraussichtliche Linienführung Durchgangsbahnhof
-  Geleise aktuell
-  Überbauung Rösslimatt 1. Etappe
-  Überbauung Rösslimatt 2. Etappe
-  Noch kein Plan



Quelle: Stadt Luzern; Grafik: Lea Siegwart

Rösslimatt: Noch kein Baubeginn in Sicht

Die erste Etappe der Rösslimatt-Überbauung der SBB könnte unabhängig vom Durchgangsbahnhof realisiert werden. Ursprünglich sollte das Grossprojekt «Perron» mit rund 20 000 Quadratmetern Geschossfläche bereits 2018 gebaut sein. Dieser Termin wurde inzwischen mehrmals verschoben. Dies hauptsächlich, weil die SBB Schwierigkeiten bekunden, einen Hauptmieter für die Büroräumlichkeiten zu finden (wir berichteten).

Derzeit ist unklar, wann der Baubeginn erfolgen wird. Die SBB wollen nicht bauen, bevor mindestens 50 Prozent der Büroflächen vergeben sind. Man sei mit verschiedenen Interessenten im Gespräch, teilen die Bundesbahnen auf Anfrage unserer Zeitung mit. Ein konkreter Baubeginn sei aber nicht in Sicht. Ein Verkauf des Areals ist für die SBB aber kein Thema, so Mediensprecher Christian Ginsig. (std)

und wie viel er kosten wird. Dieser soll bis Ende Jahr vorliegen.

Was soll alles Platz finden auf der neuen Fläche? Ein Thema dürfte der Verkehr sein. «Wir laufen diesbezüglich am Limit», sagt Arnold. «Die künftig frei werdenden Areale geben uns die Möglichkeit, in einem neuen Rahmen zu denken.» Denkbar wäre etwa ein neuer Busterminal. Sicher ein Thema wird sein, wie man das unterirdische Bahnhofsparking P1 ersetzen kann. Dieses muss für den Durchgangsbahnhof weichen. Weiter könnten neue Verbindungen zwischen dem Tribschen- und dem Neustadtquartier ins Auge gefasst werden, da die Gleisfläche viel kleiner wird, was Querungen vereinfacht.

Die frei werdenden Gleisflächen gehören den SBB. Die Planung obliegt daher letztendlich den Bundesbahnen. Diese sind dafür bekannt, auf ihren Grundstücken vor allem Renditeziele zu verfolgen – dabei handelt es sich um eine Vorgabe des Bundesrats. Besteht die Gefahr, dass dies die Planungen in Luzern stark beeinträchtigt? «Starten wir nun einen guten Prozess unter Einbezug der verschiedenen Interessenten, des Parlaments und der Bevölkerung, besteht die Chance auf Projekte, von denen auch die Bevölkerung profitieren kann», sagt Arnold.

Grüne regen 5G-Moratorium an

Kriens Gegen den Aufbau des 5G-Handynetzes regt sich Widerstand. Das Genfer Parlament hat bereits ein Moratorium gefordert. Nun kommt das Thema auch in der Stadt Kriens aufs Tapet. Eindruckswohnerrat Peter Stofer (Grüne) hat eine Interpellation eingereicht, in der er wissen will, ob der Stadtrat bereit ist, 5G-Gesuche «nur im ordentlichen Baubewilligungsverfahren entgegen zu

nehmen und deren Bearbeitung per sofort auszusetzen», heisst es im Vorstoss.

Das Moratorium soll gelten, bis das Bundesamt für Umwelt (Bafu) «ausstehende Vollzugsfragen geklärt hat». Dies werde voraussichtlich Ende Jahr der Fall sein. Das Bafu wolle unter anderem ihre «veralteten Messempfehlungen» überarbeiten, heisst es im Vorstoss weiter. Wegen der

«überstürzten Einführung dieser neuen Funktechnologie» sei eine umweltrechtskonforme Bewilligungspraxis für 5G-Antennen zurzeit kaum möglich.

Swisscom drückt aufs Tempo

Weiter will Stofer wissen, ob in der Stadt Kriens bereits Baugesuche für die Installation von neuen 5G-Mobilfunkantennen einge-

reicht worden sind und ob die Stadt im «vereinfachten Bagatelländerungsverfahren» bereits solche bewilligt hat.

Die Swisscom plant, in 52 Städten und Gemeinden in den nächsten Wochen das schnelle 5G-Netz aufzubauen (Ausgabe vom 11. April). Bis Ende Jahr will die Swisscom 90 Prozent der Schweiz mit 5G-Technologie abgedeckt haben. (std)

ANZEIGE

Wicki Hans
FDP
Ständerat (NW)

JA
zur AHV-Steuer-vorlage!

«Die AHV-Steuer-vorlage schafft Rechtssicherheit, ein wichtiger Standortvorteil für die Schweiz im internationalen Wettbewerb.»

KMU-Komitee
www.kmu-staerken.ch
sgv@usam
Schweizerischer Gewerbeverband sgw